

Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest

Auf dem Gipfeltreffen der Staaten des Warschauer Pakts am 7. Juli 1989 hob der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow die Breschnew-Doktrin auf. Damit war die bisher beschränkte Souveränität der sozialistischen Staaten offiziell beendet. Die für die Auslandsspionage tätige Hauptverwaltung A (HV A) berichtete, wie Bonner Regierungskreise auf den Warschauer-Pakt-Gipfel reagierten.

Im Sommer 1989 war bereits seit Monaten zu erkennen, dass sich die DDR-Führung mit ihrem reformfeindlichen Kurs von den Entwicklungen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten isolierte (vgl. 7.4.1989). Auch der SED-Spitze war das nicht verborgen geblieben, sie wiegte sich aber in dem Glauben, die DDR sei eine Insel der Stabilität, während die Reformstaaten (Ungarn, Polen und Sowjetunion) immer tiefer in Turbulenzen gerieten. Im Juni und Juli 1989 kamen mehrere Ereignisse zusammen, die zeigten, wie illusionär die Auffassung war, die DDR könne sich dem entziehen.

Am 6. Juli sprach der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow vor dem Europarat in Straßburg und machte deutlich, dass die Sowjetunion nicht mehr den Anspruch erhob, über den Charakter des politischen Systems in den kleineren osteuropäischen Staaten zu bestimmen.

Am nächsten Tag fand in Bukarest das letzte Gipfeltreffen der Warschauer-Pakt-Staaten vor dem revolutionären Herbst statt. Reformer und Dogmatiker standen einander mit unvereinbaren Positionen gegenüber. In der Abschlusserklärung einigte man sich auf eine Kompromissformel: "Kein Land darf den Verlauf der Ereignisse innerhalb eines anderen Landes diktieren, keiner darf sich die Rolle eines Richters oder Schiedsrichters anmaßen." In den Stasi-Unterlagen hat dieses bedeutsame Ereignis (nach bisherigem Kenntnisstand) kaum Spuren hinterlassen. Aber über einen Umweg gelangte doch eine interessante Information in das Archiv: Die Spionageabteilung des MfS, die Hauptverwaltung A (HV A), berichtete, wie der Warschauer-Pakt-Gipfel in Bonner Regierungskreisen eingeschätzt wurde.

Dieses Papier war für die Mitglieder des SED-Politbüros bestimmt. Es informiert über die westliche Reaktion auf das letzte Gipfeltreffen der Ostblock-Staaten vor der Herbstrevolution, der Tagung des "Politischen Beratenden Ausschusses" (PBA) der Warschauer Vertragsorganisation. Grundlage waren offenbar vertrauliche Informationen, die Agenten der HV A, in der Bundesrepublik beschafft hatten.

Signatur: BArch, MfS, HV A, Nr. 644, Bl. 99-103

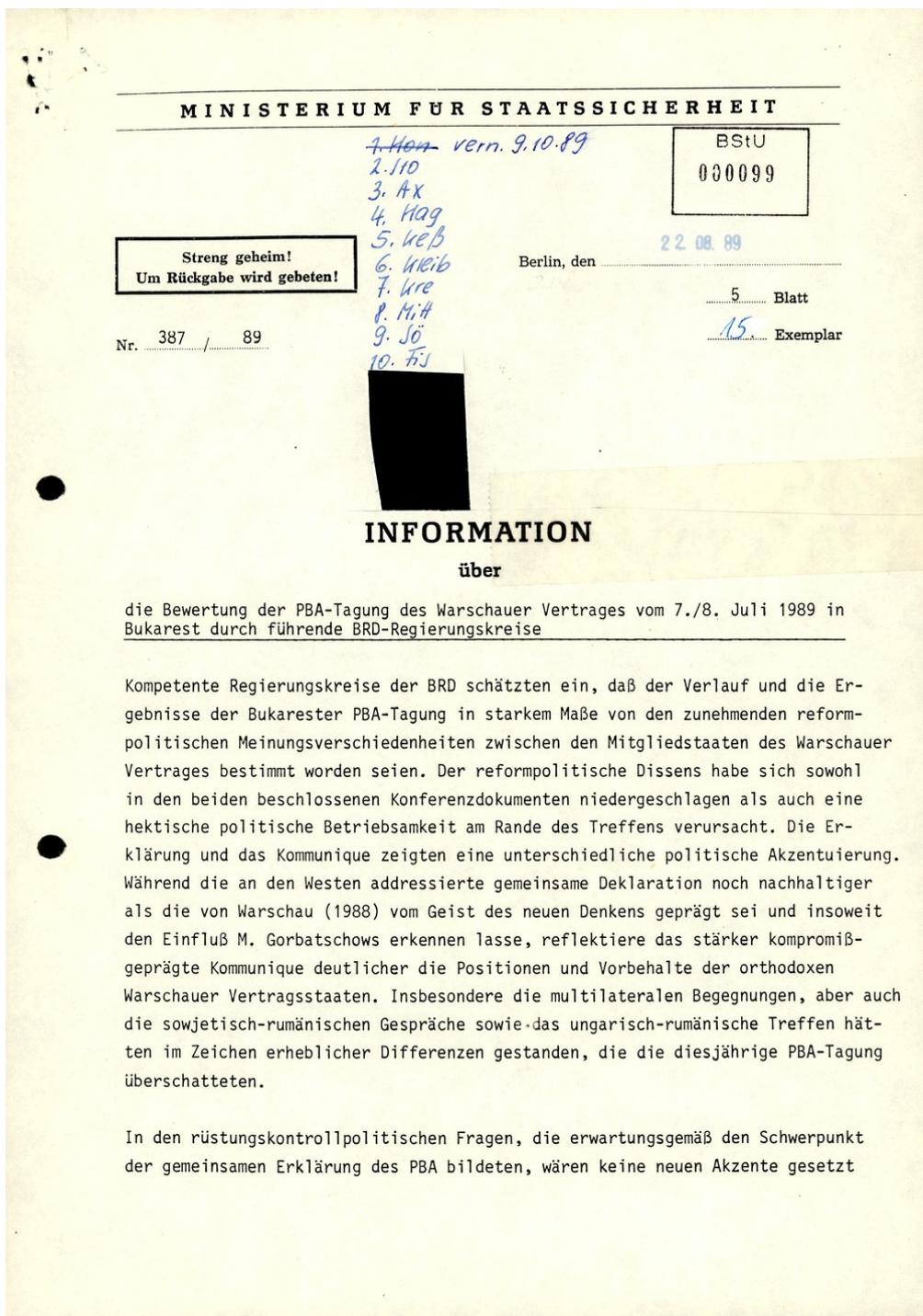
Metadaten

Datum: 22.8.1989

Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest



Signatur: BArch, MfS, HV A, Nr. 644, BL 99-103

Blatt 99

Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest

BStU
000100 2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

worden. Die bisherigen Prioritäten der Rüstungskontrollpolitik seien lediglich in der bekannten Reihenfolge bekräftigt worden. Die Erklärung hebe die östliche Bereitschaft zu baldigen rüstungskontrollpolitischen Ergebnissen an den Verhandlungstischen in Genf und Wien hervor, ohne Positionen preiszugeben. Im Gegen teil, sowohl die Beachtung des ABM-Vertrages als auch die Notwendigkeit, Aktivitäten der Luft- und Seestreitkräfte zu erfassen, würden unterstrichen. Es werde sogar erneut darauf hingewiesen, daß gesonderte Verhandlungen über Seestreitkräfte für erforderlich gehalten würden. Bemerkenswert sei, daß die Erklärung auf jegliche Polemik und propagandistische Äußerungen gegenüber dem Westen verzichte. Diese Haltung entspreche auch der sachlichen und ergebnisorientierten Verhandlungsführung der meisten östlichen Delegationen in den wichtigsten Rüstungskontrollforen der letzten Zeit. Die Warschauer Vertragsstaaten bestätigten hierbei die richtige Erkenntnis, die in der Erklärung zum Ausdruck komme, daß das Ziel der Reduzierung der Rüstungen bis zur völligen Beseitigung der Kriegsgefahr nur durch gemeinsame Anstrengungen - und nicht durch konfrontatives Verhalten - erreichbar sei. Unterstützt habe der PBA ferner die Angebote M. Gorbatschows zu den Nuklearwaffen kurzer Reichweite, ohne sie allerdings zusätzlich zu präzisieren. Ebenso habe er die Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush zur konventionellen Abrüstung gewürdigt und ergänzende Vorschläge in Aussicht gestellt.

Die außenpolitischen Aussagen der Bukarester Dokumente faßten die östliche Position pragmatisch-realistischen Kooperationsinteresses gegenüber dem Westen zusammen. Symptomatisch dafür sei die gemäßigte pauschale Feststellung zu den "anwachsen den Erscheinungen des Neonazismus in einigen westeuropäischen Ländern", die nicht einmal im Kommuniqué wiederholt worden sei. Von der Äußerung Ceausescus in seiner Tischrede zu angeblichen Umtrieben "faschistischer" Organisationen im Westen, die offenkundig auch das Wohlwollen der DDR gefunden habe, hätte sich die UdSSR umgehend in subtiler Weise distanziert. Die sowjetischen Übersetzer hätten die Aussage Ceausescus mit der korrigierenden Vorsilbe "neo" und durch Weglassung seiner Forderung nach Verbot dieser Organisationen abgeschwächt.

Neben der Außen- und Sicherheitspolitik habe die Frage der Reformprozesse in Ost europa als zweiter Themenschwerpunkt die PBA-Tagung von Bukarest beherrscht. Diese Thematik sei zwar bereits auf dem vorjährigen Warschauer Treffen (15./16. 7. 1988) als sekundärer Verhandlungspunkt schon einmal zur Sprache gekommen. Mittlerweile habe aber die Problematik der inneren Umgestaltung in der

Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest

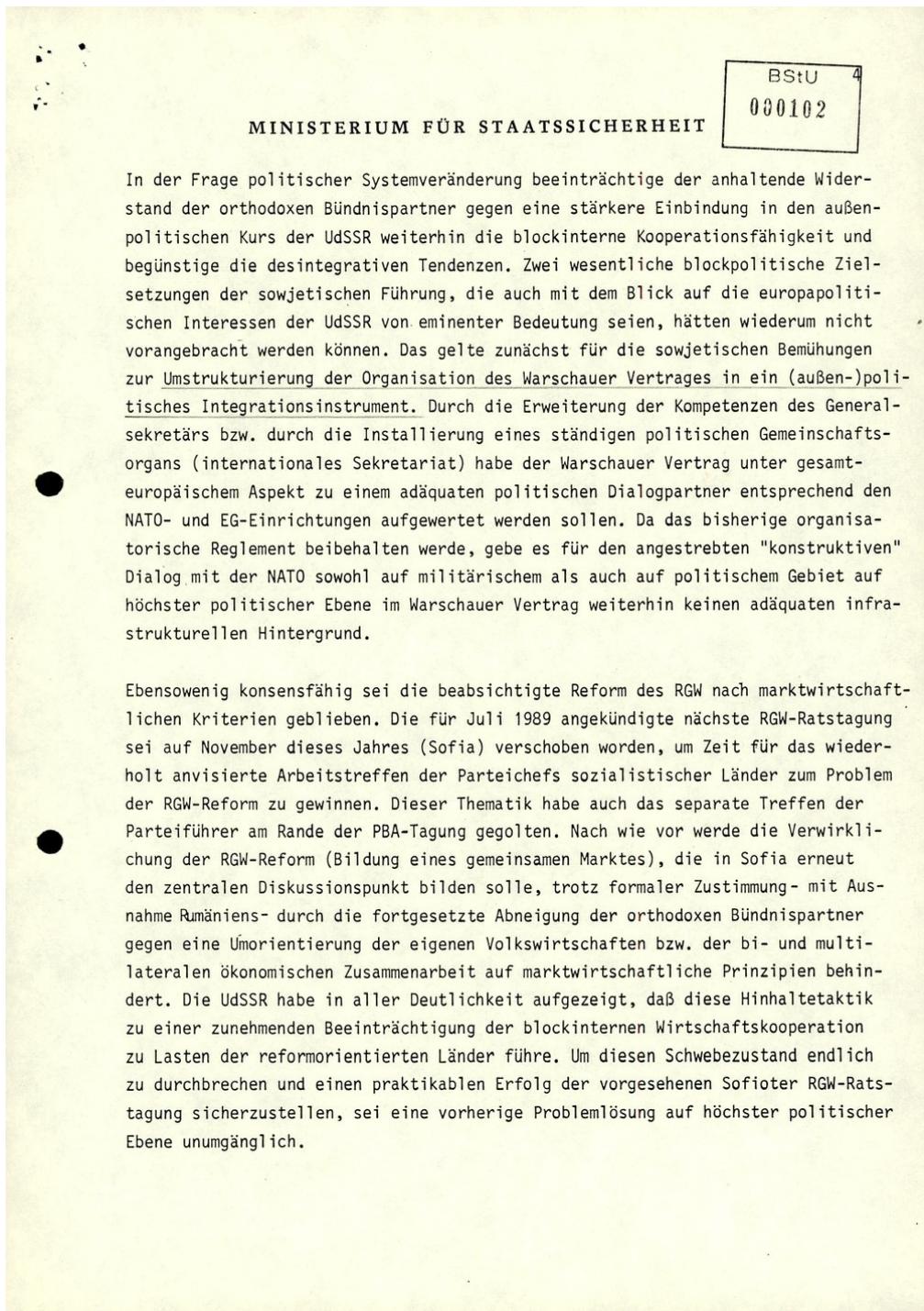
BStU
000101

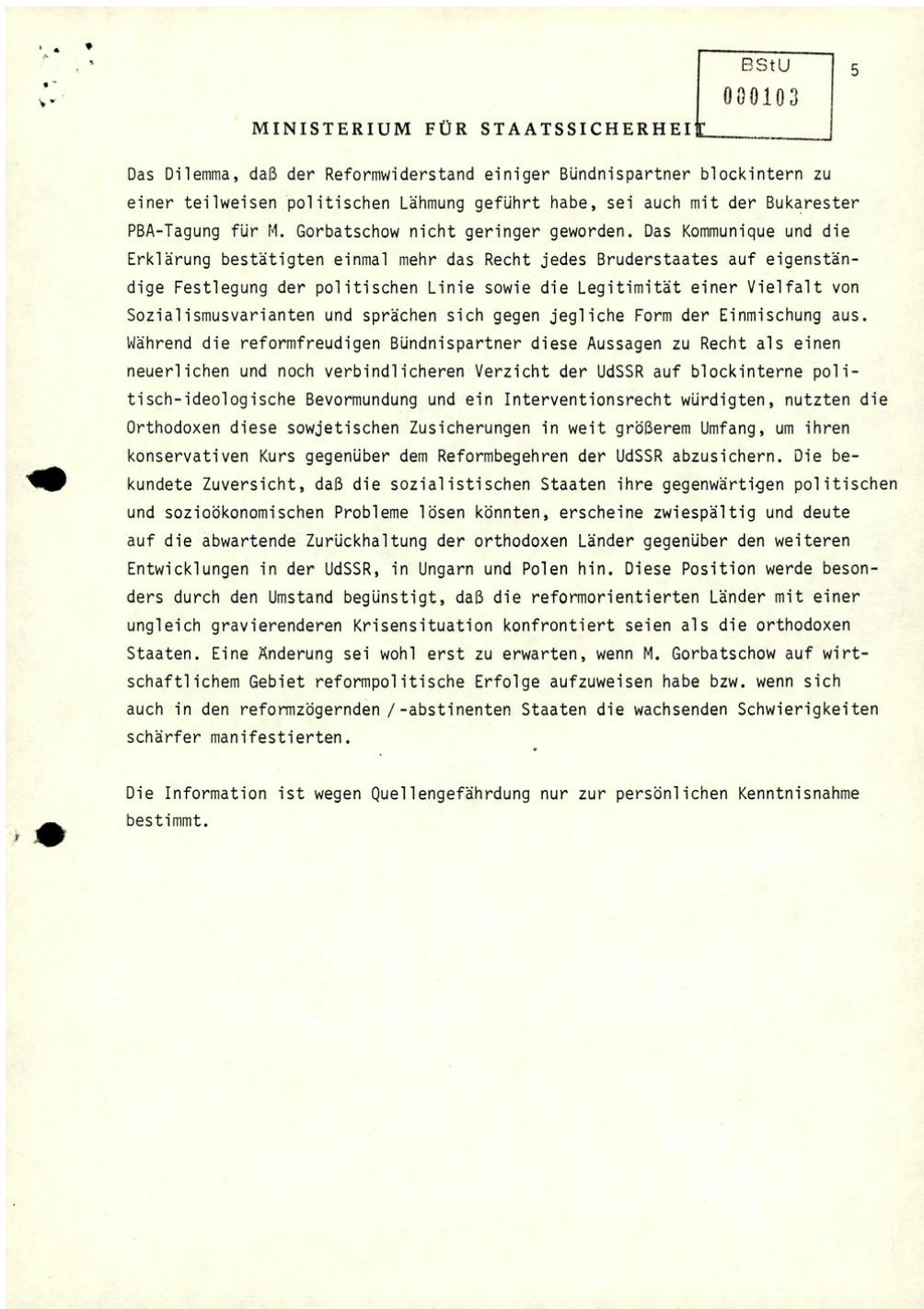
3

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

UdSSR, in Polen und Ungarn so stark an bündnispolitischer Relevanz und block-internem Konfliktpotential gewonnen, daß sie ein gleichgewichtiges Diskussionsfeld neben der internationalen Beratungsmaterie gewesen sei. Die Auseinandersetzung mit der Frage der Reformpolitik sei schon deshalb unvermeidlich gewesen, da der fortschreitende Wandel von Herrschaftssystem und innenpolitischem Kurs mit einer Veränderung der außenpolitischen Linie gekoppelt sei. Davon ausgehend sei die Reformpolitik vor allem unter den Aspekten ihrer Auswirkung auf die Außenpolitik des Warschauer Vertrages sowie der Akzeptanz innenpolitischer Systemveränderung diskutiert worden.

Das Kommunique und die Erklärung sowie die Verlautbarungen zu den Gesprächen am Rande der PBA-Tagung verdeutlichten, daß M. Gorbatschow sein reformpolitisches Konzept nur im Hinblick auf dessen unmittelbare außenpolitische Implikationen habe durchsetzen können. Mit der nachhaltigen Willensbekundung zur Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Bukarester Erklärung vollziehe der Warschauer Vertrag eine bemerkenswerte Annäherung an das normative Verständnis des Westens. Sie stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Bestreben der sowjetischen Führung, die gesamteuropäische Verständigung voranzutreiben und die politischen Voraussetzungen für eine breite Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten zu verbessern. Soweit mit der Anerkennung der grundlegenden Bedeutung einer Menschenrechtsrespektierung die orthodoxen Warschauer Vertragsstaaten bündnisintern in eine politische Leistungspflicht genommen worden seien, hätten sie sich den sowjetischen Forderungen offensichtlich nicht widersetzen können. Gleichwohl lasse das Kommunique deren fortbestehende Vorbehalte erkennen. Die Erklärung beinhalte auch eine nachhaltige Bestätigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die dem Postulat in der UdSSR/BRD-Erklärung vom 13. 6. 1989 entspreche. Sie balanciere die im gleichen Kontext erhobene Forderung nach strikter Achtung des politisch-territorialen Status quo aus, die bislang einseitig die europapolitische Position des Warschauer Vertrages markiere. Auch diese Bereitschaft zu größerer politischer Ausgewogenheit scheine in Bukarest umstritten gewesen zu sein. Im Kommunique sei der Begriff "Selbstbestimmungsrecht" - wahrscheinlich auf Drängen der DDR - zugunsten der unpräziseren Formel, wonach jedes Volk das Recht auf "freie Bestimmung seines Schicksals" habe, abgeschwächt worden. Insgesamt habe M. Gorbatschow jedoch seinen Handlungsspielraum gegenüber dem Westen, insbesondere unter dem Aspekt seiner gesamteuropäischen Konzeption, vergrößern können.

Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest

Interne Einschätzung aus BRD-Regierungskreisen zum Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest

Signatur: BArch, MfS, HV A, Nr. 644, BL. 99-103

Blatt 103